

Die Privatisierung von Sicherheit und Krieg

DER EINSATZ PRIVATER SICHERHEITS- UND MILITÄRFIRMEN UND SEINE KONSEQUENZEN

Spätestens seit dem letzten Irakkrieg sind private Sicherheits- und Militärfirmen (PSMFs) aus dem Kriegsgeschehen nicht mehr wegzudenken. Dort stellten sie mit circa 10.000 Personen das zweitgrößte »Kontingent« nach den US-Streitkräften. Eine Wissenschaftlerin des Instituts für Politische Wissenschaft beleuchtet die Tragweite dieser Privatisierung des Krieges und erörtert die Konsequenzen des Einsatzes dieser Firmen für aktuelle Konflikte wie in Afghanistan oder dem Irak.



Private Sicherheits- und Militärfirmen sind Firmen, die polizeiliche und militärische Dienstleistungen anbieten. Das Spektrum der Dienstleistungen umfasst unter anderem folgende Aufgaben:

- logistische und technische Unterstützung,
- Minenräumung,
- Entwaffnung und Reintegration ehemaliger Kombattanten,
- Beratung von Streitkräften,
- Risikoanalysen,
- Aufklärung,
- Training von Polizei, Militär, Zoll,
- bewaffneter Personen-, Gebäude- und Konvoischutz,
- Kampfeinsätze.

Dabei arbeiten PSMFs nicht nur für staatliche Militärs, sondern auch für internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, für Nichtregierungsorganisationen, die zum Beispiel in (Nach-)Kriegsregionen humanitäre Hilfe leisten, oder für transnationale Unternehmen, die in Konfliktregionen arbeiten. Die Privatisierung von Sicherheit und Krieg ist kein neues Phänomen. Doch PSMFs unterscheiden sich von Söldnern, wie sie Wallenstein im Dreißigjährigen Krieg in die Schlacht geführt hat oder wie sie in den 1960er Jahren im Kongo gekämpft haben. Im Gegensatz zu Letzteren sind

PSMFs keine lose Ansammlung von Einzelkämpfern, sondern hierarchisch strukturierte Unternehmen, von denen einige an der Börse notiert sind. Auch unterscheiden sich PSMFs von Wach- und Schließgesellschaften, die in Industrieländern Einkaufszentren oder Bahnhöfe bewachen. PSMFs arbeiten in Konfliktgebieten, setzen dabei oft Gewalt ein und/oder greifen in das Kriegsgeschehen ein. Dies kann auch indirekt erfolgen, indem sie beispielsweise unbemannte Aufklärungsdrohnen steuern oder Streitkräfte mit militärischem Gerät versorgen.

Seit Ende des Ost-West-Konfliktes sind private Sicherheits- und Militärfirmen zunehmend in den Konfliktregionen dieser Welt aktiv. Heute gibt es einige hundert Firmen, die grenzüberschreitend arbeiten. Viele dieser Firmen haben ihren Firmensitz in Ländern wie den USA oder Großbritannien und arbeiten in Konfliktregionen wie Afghanistan oder Somalia. Die genaue Anzahl der Firmen lässt sich nicht bestimmen, da nicht alle Firmen offiziell re-

dern im Gegenteil angestiegen. Mit privaten Sicherheits- und Militärfirmen lässt sich die Reduzierung konventioneller Streitkräfte ausgleichen. Diese Praktik wird von einer grundsätzlich positiv besetzten Politik der Privatisierung staatlicher Aufgaben in den USA und in Großbritannien unterstützt. Daher ist es auch keine Überraschung, dass vor allem die USA der Motor der Privatisierung von Sicherheit und Krieg durch PSMFs sind.

Zustimmung erfolgen. Auch droht bei Fehlschlägen durch PSMFs oder Toten in den Reihen der Privaten in der Regel keine öffentliche Kritik, denn über viele Einsätze von PSMFs wird nicht berichtet und die toten Mitarbeiter tauchen in keiner offiziellen Statistik auf.

Der Einsatz privater Sicherheits- und Militärfirmen bringt jedoch viele Probleme mit sich. Zwar behaupten Befürworter der Privatisierung immer



Bild 1 (gegenüber)
Ausbildungscamp der amerikanischen Sicherheitsfirma Blackwater, die sich inzwischen in Xe umbenannt hat, die auch für Einsätze im Irak bekannt geworden ist.

Quelle: picture-alliance/dpa

Bild 2
Humanitäre Hilfeinsätze müssen, wie hier in Haiti durch einen UN-Soldaten, oft militärisch abgesichert werden, um die Helfer zu schützen. Dies übernehmen auch Sicherheitsfirmen. Hilfsorganisationen können so ihre Neutralität verlieren, was eine weitere Gefährdung bedeuten kann.

Quelle: picture-alliance/dpa

gistriert sind, manche Firmen im Verborgenen arbeiten und die Branche grundsätzlich sehr intransparent ist.

Die Gründe für diesen PSMF-»Boom« sind vielfältig. Zum einen entstand mit dem Ende der Blockkonfrontation ein Angebot an privaten Sicherheits- und Militärdienstleistungen, da durch den Abbau militärischer Kapazitäten sowohl militärisches Personal als auch Gerät freigesetzt wurde. Zum anderen ist auch die Nachfrage nach den Diensten von PSMFs gestiegen. Seit 1990 ist die Anzahl militärischer Einsätze von Industrieländern keineswegs gesunken, son-

Des Weiteren hat sich die Natur der Einsätze verändert und die Kriegführung wird immer stärker technisiert. Hierzu bedarf es Spezialisten, die oft nur im privaten Sektor zu finden sind, weil Rüstungsfirmen nicht nur das militärische Gerät bauen, sondern auch gleich die Experten zu dessen Bedienung liefern. Schließlich können PSMFs in Fällen eingesetzt werden, in denen die Bevölkerung ein militärisches Eingreifen in einen Konflikt nicht unterstützt, denn zumindest in den USA bedarf der Einsatz von PSMFs oftmals keiner Zustimmung durch den Kongress und kann somit ohne parlamentarische und öffentliche

wieder, der Einsatz privater Kräfte sei effektiver und effizienter und vor allem billiger als der Einsatz staatlicher Militärs, doch es gibt zahlreiche Untersuchungen, die zum gegenteiligen Ergebnis kommen. Zudem entstehen den auftraggebenden Staaten auch langfristige Kosten, die von den Befürwortern der Privatisierung oft nicht berücksichtigt werden. So geht den Staaten durch die Verlagerung ganzer Aufgabenbereiche an den privaten Sektor eigenes Know-how verloren, das teuer wieder eingekauft werden muss. Zudem zahlt der Staat in vielen Fällen die Ausbildung der Mitarbeiter privater


Dr. phil. Andrea Schneider

Jahrgang 1980, war von April 2008 bis September 2010 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft an der Leibniz Universität Hannover.
Kontakt: a.schneider@ipw.uni-hannover.de

Sicherheits- und Militärfirmen, da diese oft vom staatlichen Militär in den privaten Sektor wechseln. Dabei kauft der Staat die Dienste des von ihm ausgebildeten Personals zu den Preisen ein, die ihm der Markt diktiert, denn zahlreiche PSMFs befinden sich in einer monopolähnlichen Stellung gegenüber ihren staatlichen Auftraggebern.

Der Einsatz privater Sicherheits- und Militärfirmen hat jedoch nicht nur Auswirkungen auf auftraggebende Staaten, sondern auch auf die Konfliktstrukturen in den Einsatzländern. So ist es nicht unproblematisch, wenn private Firmen staatliche Strukturen aufbauen sollen, wie zum Beispiel bei der Beratung und Ausbildung der Polizei im Irak und in Afghanistan, da diese Firmen einer unternehmerischen Handlungslogik unterliegen, die mit dem staatlichen Anspruch des Aufbaus eines Gewaltmonopols und Rechtsstaates in Konflikt stehen kann. So können PSMFs parallel zu staatlichen auch private Sicherheitsstrukturen schaffen oder gleichzeitig für mehrere Konfliktparteien arbeiten und somit statt zur Beendigung eines Konfliktes zu dessen Weiterführung beitragen. Darüber hinaus schaffen PSMFs in der Regel nur eine exklusive Form von Sicherheit für einen bestimmten Personenkreis, nämlich ihre Auftraggeber. Die öffentliche Sicherheit für alle in einem bestimmten Gebiet befindlichen Personen wird dabei jedoch meist nicht bedient. Es kann sogar sein, dass mehr Sicherheit für einen Teil der Bevölkerung zu mehr Unsicherheit für den Rest der Bevölkerung führt, wenn zum Beispiel der Schutz von bestimmten Einrichtungen dazu führt, dass nicht geschützte Einrichtungen vermehrt bedroht sind. Problematisch ist auch, wenn die Angestellten von PSMFs, wie es zu Beginn im Irak der Fall war, einer

Immunität unterliegen, die sie vor strafrechtlicher Verfolgung im Einsatzland schützt. Im Irak führte dies dazu, dass Angestellte von PSMFs für begangene Straftaten im Irak nicht zur Verantwortung gezogen werden konnten. Aber auch die Auftraggeber, wie die USA, sahen sich nicht in der Pflicht, gegen die beschuldigten Mitarbeiter zu ermitteln oder diese gar vor ein Gericht zu stellen. Somit blieben viele Straftaten von PSMF-Mitarbeitern ungesühnt. Dies brachte die irakische Bevölkerung nicht nur gegen die Firmen auf, sondern auch gegen die ausländischen Streitkräfte allgemein, denn es ist für die Bevölkerung oft nicht möglich, zwischen privaten und staatlichen ausländischen Kräften zu unterscheiden.

Diese kurzen Ausführungen machen deutlich, dass es zumindest einer Kontrolle und Regulierung der Arbeit von privaten Sicherheits- und Militärfirmen bedarf. Ein Verbot wird sich international nicht durchsetzen lassen, da zu viele Staaten vom Einsatz dieser Firmen profitieren. Dies scheint aber auch ein zentraler Grund für die fehlende Kontrolle und Regulierung zu sein. Zwar können die Angestellten der PSMFs rein theoretisch sowohl für Verstöße gegen die Menschenrechte als auch oftmals für minder schwere Straftaten belangt werden, doch praktisch fehlt es den Einsatzländern wie Afghanistan oft an den notwendigen rechtsstaatlichen Institutionen und den Auftragsländern wie den USA am politischen Willen hierzu.

Private Sicherheits- und Militärfirmen stellen auch für Nichtregierungsorganisationen, die in Konfliktregionen wie in Afghanistan oder Somalia humanitäre Hilfe leisten, eine Herausforderung dar. Diese Organisationen sind immer häufiger Ziele gewalt-

samer Übergriffe und einige beauftragen daher PSMFs mit dem Schutz ihres Personals, ihrer Einrichtungen oder ihrer Hilfskonvois. Dies kann aber die Neutralität von Hilfsorganisationen gefährden. Wenn zum Beispiel ein Hilfskonvoi von bewaffneten Personen geschützt wird, ist es für die Bevölkerung oft nicht ersichtlich, ob es sich um militärischen oder um zivilen Schutz, um einen zivilen oder einen militärischen Transport handelt. Daher können zivile humanitäre Organisationen mit militärischen Akteuren verwechselt werden. Dies steigert wiederum die Unsicherheit für humanitäre Organisationen. Doch PSMFs leisten nicht nur Schutz für humanitäre Akteure, sondern sie bieten auch selbst humanitäre Dienstleistungen an. Nach dem Erdbeben auf Haiti im Januar 2010 boten beispielsweise sowohl nichtprofitorientierte Nichtregierungsorganisationen als auch profitorientierte PSMFs den Bau von Zelten und die Verteilung von Trinkwasser an. Dies stellt für humanitäre Organisationen eine große Herausforderung dar, da mit dem Eindringen profitorientierter Unternehmen in den humanitären Raum die Grundprinzipien der neutralen und unabhängigen Hilfe, die einzig nach Maßgabe der Bedürftigkeit geleistet wird, gefährdet sind.

Einführende Literatur zum Thema

- Peter W. Singer: Die Kriegs-AGs. Frankfurt am Main: Zweitausendeins, 2006.
- Herbert Wulf: Internationalisierung und Privatisierung von Krieg und Frieden. Baden-Baden: Nomos, 2005.